

**Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2006 (Haushaltsgesetz 2006) Einzelplan 14 Bundesministerium der Verteidigung (Drucksachen 16/1313, 16/1324)**

Alexander Bonde

- (A) Ausgabe zu prüfen und dort, wo einer Ausgabe keine Fähigkeit gegenübersteht, entsprechend zu kürzen.

Ich will dafür Beispiele benennen. Ein Paradebeispiel ist eine Sonderaktion des Bundesverteidigungsministers, der über die Medien bekannt gegeben hat, er wolle, abweichend von den Plänen seines Vorgängers, 5 000 zusätzliche Wehrpflichtige einberufen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Das ist auch gut so!)

Damit rückt er von den Planungen des Hauses ab; damit ignoriert er die Vorschläge seines eigenen Hauses, und zwar an einem Punkt, bei dem es um eine ideologische Frage geht. Denn jeder weiß, dass die Wehrpflichtigen keine Hilfe für die Soldatinnen und Soldaten in den Einsätzen sind, und jeder weiß, dass sie eine Belastung für die Bundeswehr in Bezug auf ihre Struktur und die Ressourcenplanung sind. Die ganze Operation kostet – wir mussten lange bohren, um eine Zahl aus dem Ministerium zu bekommen – den Steuerzahler 80 Millionen Euro. Diese 80 Millionen findet man in diesem Einzelplan auch gar nicht, weil sie generalstabsmäßig versteckt worden sind. Auf langes Bohren unsererseits wurde uns gesagt: Der Verteidigungsminister will diese Stellen finanzieren, indem er Einsparungen bei den Berufs- und Zeitsoldaten entgegen der Personalplanung und entgegen dem Stellenplan des Einzelplans 14 vornimmt. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit finden bei diesem Minister also nicht statt. Wir sind gespannt, wie er gegenüber der Truppe diese Abweichung vom Plan in den nächsten Jahren begründen will; wir sind gespannt, wie er diese Gesamtzahl haushaltsrechtlich absichern will.

- (B)

Es wären auch noch weitere Fragen zu stellen, etwa: Werden die Beschaffungsprioritäten mit Blick auf die Einsatzszenarien richtig gesetzt? Welches Ausgangsbild und welche Bedrohungslage werden unterstellt? Der Entwurf des Weißbuchs, der auf dem Tisch liegt – auch eine Geheimoperation des Ministers –, sorgt eher für eine Verunklarung, als dass er eine klarere Priorisierung bei der Beschaffung deutlich macht.

Ich will auf zwei dieser Beschaffungsmaßnahmen eingehen:

Der Eurofighter wurde ja bereits genannt. Wir wissen alle: Keiner braucht 180 Stück. Wir wissen aber auch, dass dieser Minister nicht in der Lage ist, hier eine Priorisierung vorzunehmen und in Gespräche über eine Stückzahlreduzierung einzutreten. Das wäre aber der richtige Weg. Wir sehen im Gegensatz zur FDP den richtigen Weg nicht in der Weiterveräußerung, sondern in Verhandlungen zur Reduzierung der Stückzahlen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nächste Rüstungsprojekt wird uns in der nächsten Woche auf den Tisch gelegt werden. Es ist PARS 3, eine Panzerabwehrwaffe, die man sich Anfang der 80er-Jahre ausgedacht hat, die Mitte der 80er-Jahre konzeptioniert wurde, der in den 90er-Jahren der Feind abhanden gekommen ist und die wir nun, 2006, beschaffen sollen. Sie ist ein typisches Beispiel dafür, dass in diesem Haus die Auslastung der Kapazitäten der Rüstungsindustrie

wesentlich wichtiger ist als die Frage nach dem tatsächlichen Bedarf. Herr Minister, wer ein solches Projekt, das Rot-Grün zu Recht auf Eis gelegt hat, nun als Hochzeitsgeschenk für die deutsche Lenk Waffenindustrie wieder hervorholt, muss sich schon fragen lassen, ob er der große Bundeswehrreformer ist, der er sein will, oder doch nur das Schoßhündchen der Rüstungsindustrie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kurt J. Rossmannith [CDU/CSU]: Na, na! – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Starker Tobak!)

Wir reden hier über ein Projekt, aus dem die europäischen Partnerationen längst ausgestiegen sind, weil sie erkannt haben, dass es die Bedrohung mit Panzern aus dem Osten nicht mehr gibt. Wir reden über ein System, bei dem jeder Schuss eine halbe Million Euro kosten wird. Knapp 400 Millionen Euro sollen für ein Projekt ausgegeben werden, das ungefähr zu einer Zeit begonnen wurde, als ich auf die Welt kam. Wir reden über Panzerabwehrwaffen und Bunkerbekämpfungswaffen, die für keinen Einsatz gebraucht werden, den die Bundeswehr heute durchführt.

Dieser Einzelplan leidet darunter, dass in ihm keine politische Priorität gesetzt wird. Die alten Auftragsbücher werden von Jahr zu Jahr weitergeführt. Aber es fehlt der politische Mut, einen Schnitt vorzunehmen. Es fehlt ein klares Verständnis, was Priorität haben muss. Außerdem fehlt die Überlegung, bei welchen Szenarien wir militärische Gewalt einsetzen müssen und wie wir dafür unsere Soldatinnen und Soldaten verantwortungsvoll ausrüsten können.

- (D)

Sie haben unsere Unterstützung, wenn es darum geht, sinnvolle internationale Einsätze unter UN-Mandat zu organisieren und die Soldatinnen und Soldaten adäquat auszurüsten. Aber Sie bekommen unsere Unterstützung nicht dafür, den Kalten Krieg fortzuführen, als hätte sich die Welt nicht verändert.

Dieser Einzelplan ist in dieser Form nicht zustimmungsfähig. Legen Sie einen vor, der ins Jahr 2006 passt! Dann können wir ihn ernsthaft beraten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst festhalten, dass mit dem Haushalt 2006 die Grundlage geschaffen wird, dass die Bundeswehr die Sicherheit und Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger weiterhin gewährleisten kann, dass sie ihre friedenssichernde Funktion in den Auslandseinsätzen wahrneh-

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) men kann und dass die Soldatinnen und Soldaten die notwendigen Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Erfüllung dieser Aufträge vorfinden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin den Berichterstattern und auch der Mehrheit im Haushaltsausschuss für die Unterstützung sehr dankbar. Frau Kollegin Hoff, ich habe mich aber schon sehr gewundert, als ich Ihre Ausführungen gehört habe. Ich hätte mir gewünscht, dass das, was Sie hier gesagt haben, auch Ihren Taten entsprochen hätte. Denn Ihre Ausführungen stehen schon im Widerspruch zu den Kürzungsanträgen, die Ihre Fraktion im Rahmen dieser Haushaltsberatungen gestellt hat.

Frau Kollegin Löttsch, wenn Sie hier den Eindruck erwecken, es sei erheblich draufgesattelt worden, nur weil wir bei 27 Milliarden Euro landen, dann muss ich sagen, dass Sie verkannt haben, dass es eine neue Versorgungsregelung gibt – Herr Kollege Kampeter hat gestern darauf hingewiesen – und dass wegen der Berücksichtigung der neuen Versorgungsbezüge der Etatsansatz bei 27 Milliarden Euro liegt. Dieser Anstieg hat aber nichts mit einem Aufwuchs im Rüstungsbereich zu tun, wie Sie kritisiert haben.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt erwähnen. Wir sind mittlerweile mit rund 6 500 Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen tätig, sei es in Afghanistan, am Horn von Afrika oder auf dem Balkan. Wir stellen teilweise die stärksten Kontingente. Im Rahmen der IFOR-Mission in Bosnien-Herzegowina stellen wir das stärkste Kontingent. In Afghanistan sind wir bei einem nicht einfachen Einsatz mit 2 800 Soldatinnen und Soldaten vertreten. Im Kosovo stellen wir ebenfalls ein großes Kontingent.

Ich will einmal festhalten, dass sich unsere Soldatinnen und Soldaten in gefährlichen Einsätzen beispielhaft verhalten. Deshalb möchte ich auch ihnen für diesen Einsatz im Rahmen friedenssichernder Missionen herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil im Rahmen dieser Debatte schon viel von der Fußballweltmeisterschaft gesprochen worden ist, möchte ich erwähnen, dass ich Jürgen Klinsmann und der deutschen Nationalmannschaft sehr dankbar bin, dass am Montag auf der Pressekonferenz zu unseren Soldaten nach Afghanistan geschaltet wurde. Damit wurde ein Stück Verbundenheit mit ihnen zum Ausdruck gebracht. Ich denke, dass unsere Soldaten dies verdient haben, wo sie doch in solch einer schwierigen Situation ihre Aufgabe erfüllen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Ich will noch eine Anmerkung zu dem machen, was Frau Künast heute Morgen gesagt hat. Sie hat Punkte vorgetragen, die mit der Realität überhaupt nicht in Einklang stehen.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das kann man von ihr nicht erwarten!)

(C)

Natürlich leisten wir in Afghanistan einen Stabilisierungs-, aber auch einen Wiederaufbaubeitrag. Natürlich leistet die Bundeswehr diesen Beitrag, aber wir betreiben dort eine vernetzte Sicherheitspolitik. Jeden Montag findet nämlich eine Schaltung zwischen Bundesaußenministerium, Bundesinnenministerium, Bundesverteidigungsministerium, Bundesentwicklungsministerium und Bundeswirtschaftsministerium statt, um entsprechende Aktivitäten abzustimmen. Zur Frage der Sicherheitspolitik auch und gerade in Afghanistan gehört ja mit dazu, dass auch andere Bereiche entwickelt werden, sei es im zivilen Bereich der Ausbau der Polizei, seien es Maßnahmen im Bereich der Entwicklungspolitik, sei es im wirtschaftlichen Bereich, dass man den Bauern, die jetzt mit der Drogenszene zusammenarbeiten, Alternativen eröffnet, damit sie nicht zu ihrem Überleben zwingend darauf angewiesen sind, Mohn und andere Drogenpflanzen anzubauen. Unsere vernetzte Sicherheitspolitik ist, wie ich glaube, notwendig, um einen positiven Aufbauprozess in Afghanistan zu bewirken. Sie ist auch richtig, denn mit dieser Arbeit haben wir auch und gerade in den PRTs Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir gerade jetzt vor weiteren Herausforderungen stehen. Es ist meines Erachtens in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt, dass ab nächsten Monat – ich wiederhole: ab 1. Juli – 6 600 deutsche Soldaten in der NATO Response Force stehen. Das ist die schnelle Eingreiftruppe der NATO, die innerhalb von fünf Tagen einsatzfähig sein soll. Das sind neue und weitere Herausforderungen, die hier auf die Bundeswehr zukommen. Weiterhin steht ab 1. Januar nächsten Jahres die EU-Battle-Group. Diskussionen, wie wir sie etwa im Zusammenhang mit dem Kongoeinsatz hatten, finden dann in der Art und Weise nicht mehr statt, weil wir an dieser ersten EU-Battle-Group, die ebenfalls innerhalb von fünf Tagen einsatzfähig sein soll, mit 1 200 Soldaten beteiligt sein werden.

(D)

(Johannes Kahrs [SPD]: Aber nicht ohne Zustimmung des Parlaments!)

– Nicht ohne die Zustimmung des Deutschen Bundestages. Aber wir sind dort, Kollege Kahrs – das sollte fairerweise auch berücksichtigt werden –, schon Verpflichtungen eingegangen, bevor ich in dieses Amt kam, und wir müssen im Rahmen der internationalen Verpflichtungen unsere Verantwortung wahrnehmen. Wir können dann konkret über die einzelnen Dinge diskutieren. Darüber, dass wir für Einsätze ein Mandat brauchen, gibt es überhaupt keine Diskussion. Ich halte es aber schon für richtig, den Deutschen Bundestag und auch die deutsche Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, in welchem Umfang wir internationale Verpflichtungen im Hinblick auf Sicherheitspolitik eingegangen sind, damit sie sich darüber bewusst sind, welche weiteren Herausforderun-

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) gen gegebenenfalls auf die Bundeswehr zukommen können, wenn solche Einsätze bevorstehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen zweiten Gesichtspunkt vortragen. Wir leisten einmal unseren Beitrag im Rahmen von friedensstiftenden Missionen im Ausland. Wir leisten aber, wie ich finde, auch einen effektiven, positiven und guten Beitrag für den Schutz Deutschlands. Ich denke nur an die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Bundeswehr bei der Schneekatastrophe in Bayern, an die Handlungs- und Leistungsfähigkeit bei der Bekämpfung der Vogelgrippe auf Rügen und an die Handlungs- und Leistungsfähigkeit beim Hochwasserschutz, der von Sachsen über Sachsen-Anhalt bis Niedersachsen hohe Anforderungen an die Bundeswehr gestellt hat. Oder denken Sie daran, wie leistungsfähig die Bundeswehr jetzt während der Fußballweltmeisterschaft ist. Ich halte es schon für positiv, auf welche Art und Weise unsere Sicherheitskräfte – da beziehe ich selbstverständlich ausdrücklich die Polizei ein – die Sicherheit bei dieser Fußballweltmeisterschaft gewährleisten. Ohne sich aufzudrängen oder einen falschen Eindruck in der Öffentlichkeit zu bewirken, wird dezent im Hintergrund Sicherheit gewährleistet. Die 2 800 Soldaten, die jetzt im Einsatz sind, schaffen also die Voraussetzungen dafür, dass diese Weltmeisterschaft in einer so fröhlichen und friedlichen Stimmung stattfinden kann. Das ist eine positive Leistung, die die Bundeswehr erbringt. Auch das wollte ich in diesem Zusammenhang gerne erwähnen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts dessen, was wir von unseren Soldatinnen und Soldaten fordern, müssen wir auch daran denken, dass die sozialen Rahmenbedingungen stimmen. Ich bin dankbar dafür, dass wir im Rahmen dieses Haushaltes die Möglichkeit haben, jetzt beispielsweise eine erhebliche Anzahl von Beförderungen von Feldwebeln und von Soldaten mit Mannschaftsdienstgraden vorzunehmen. Ich finde nämlich schon, dass es ein Stück dazugehört, dass gute Leistung berücksichtigt und auch belohnt wird. Wenn ich es richtig sehe – auch das möchte ich in dieser Debatte erwähnen –, ist die Bundeswehr die einzige Institution des öffentlichen Dienstes, in der es als Einstiegsgehalt die Besoldungsgruppe A 3 gibt.

(Elke Hoff [FDP]: Richtig!)

Das dürfen wir nicht ganz aus den Augen verlieren, wenn wir über strukturelle Fragen sprechen. Deshalb bin ich dankbar, dass wir im Rahmen dieses Haushaltes Möglichkeiten der Beförderung für die Mannschaften und für die Feldwebeldienstgrade haben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bonde, Sie haben etwas kritisch angesprochen, dass wir an der Wehrpflicht festhalten. Sie haben eine andere Einstellung zur Wehrpflicht. Das habe ich nicht zu kritisieren. Ich halte diese Einstellung nur

für falsch. Ich glaube – nicht nur, weil ich Wehrpflichtiger war –, dass die Wehrpflicht einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, wie sich die Bundeswehr heute darstellt und wie sie in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich glaube, es ist wichtig – auch für die Entwicklung einer Armee und im Zusammenhang mit der inneren Führung –, dass wir an der Wehrpflicht festhalten. Wenn ich aber an der Wehrpflicht festhalten will, dann muss ich auch in der Lage sein, dem Anspruch der Wehrgerechtigkeit bzw., wie wir sagen, Einberufungsgerechtigkeit nachzukommen. Sie wissen, dass beim Bundesverfassungsgericht ein Vorlagebeschluss liegt. Ich möchte nicht, dass wir in der Koalition sagen, dass wir an der Wehrpflichtarmee festhalten wollen, dann aber nicht in der Lage sind, ausreichend viele Wehrpflichtige einzuziehen, sodass uns dann das Bundesverfassungsgericht sagt, das entspreche nicht der Wehrgerechtigkeit und wir hätten keine Chance mehr, die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten. Deshalb habe ich entschieden, dass wir die Zahl der Grundwehrdienstleistenden auf 35 000 stabilisieren, um dem Anspruch der Einberufungsgerechtigkeit Rechnung tragen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte noch erwähnen, dass wir etwa 60 000 Wehrpflichtige im Jahr einziehen. Davon verpflichten sich 25 000 weiter, was eine gute Entwicklung ist. Insofern wird auch die Strukturentwicklung der Bundeswehr durch die Wehrpflicht positiv beeinflusst. Ich denke, das findet eine sehr gute Resonanz in der Öffentlichkeit. (D)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt)

Da ich sehe, dass die vereinbarte Zeit abgelaufen ist, möchte ich nur noch zusammenfassend sagen, dass ich denke, dass die Bundeswehr ihre Aufgaben – wir müssen damit rechnen, dass wir noch mehr Aufgaben wahrnehmen müssen; wir sehen das im Zusammenhang mit der Mission im Kongo – gut und im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung ausübt und dadurch dazu beiträgt, dass wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen. Unser Ziel muss es sein, die Bundeswehr so auszustatten, dass die deutschen Streitkräfte weiterhin ihre Aufträge erfüllen können und unser Land seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen kann, im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse der friedenssichernden Funktion der Bundeswehr. Dafür ist dieser Haushalt eine gute Grundlage. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat nun der Kollege Jürgen Koppelin für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)